

Berlin, den 8. September 2010

● **OECD-Daten sprechen für Breiten- statt für Spitzenförderung  
eaf fordert die Verabschiedung der BAföG-Änderungen**

Laut der neuesten Studie „Bildung auf einen Blick“ der OECD bildet Deutschland im internationalen Vergleich zu wenige Akademiker aus. Dies bewirkt schon jetzt und in nächster Zukunft einen Mangel an Hochqualifizierten. Ein Misstand, der sich auf die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Deutschland in Höhe von nur 4,7 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführen lässt. Der OECD-Durchschnitt liegt dagegen bei 5,5 %. Die Spitzenreiter der Studie (USA, Korea und Dänemark) geben sogar mehr als 7 % für Bildungsausgaben aus. Deutschland muss von Anfang an mehr in Bildung investieren, dazu gehört auch die Reduzierung des finanziellen Risikos durch ein Studium.

Die geplanten Änderungen im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sehen die Erhöhung der Bedarfssätze um 2 % und der Freibeträge auf das Elterneinkommen um 3 % vor; außerdem soll die Förderung auch bei einem ersten Fachrichtungswechsel bestehen bleiben. Das bedeutet mehr Studierende, bzw. ihre Eltern, könnten vom BAföG profitieren. Laut der jüngsten Sozialerhebung des Studentenwerks könnten 86 % der Studierenden ohne BAföG-Förderung nicht studieren. Weiterhin ist die Anhebung der Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre bei einem Masterstudium sowie die Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei überschrittenen Altersgrenzen geplant. „Das wären richtige Schritte gewesen auf dem Weg zur Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie, die angesichts der vielfach beklagten „rush-hour des Lebens“ zwischen 25 und 40 Jahren überfällig sind. Für die Durchlässigkeit des Bildungssystems wäre das auch förderlich, aber genau dieser Weg ist nicht beschritten worden“, kritisiert Christel Riemann-Hanewinkel, Präsidentin der eaf.

Es gibt Streit zwischen Bund und Ländern über die finanzielle Absicherung der zusätzlich entstehenden Kosten. Während diese sinnvollen Änderungen abgelehnt wurden, wurde gleichzeitig das Nationale Stipendienprogramm verabschiedet. Dieses hat eine leistungsabhängige Förderung von nur 10 % der Studierenden (unabhängig vom Elterneinkommen) zum Ziel. Sieht so Chancengerechtigkeit aus? Die wenigen Jugendlichen, die es trotz des schmalen Portemonnaies ihrer Eltern bis zum Abitur geschafft haben, wissen anschließend nicht, wie sie ein Studium finanzieren sollen.

● Christel Riemann-Hanewinkel  
Präsidentin

● Dr. Insa Schöningh  
Bundesgeschäftsführerin

Auguststraße 80  
10117 Berlin  
Telefon: 030 | 28 39 54 00  
Telefax: 030 | 28 39 54 50  
info@eaf-bund.de | www.eaf-bund.de

„Anstatt sich Gedanken darüber zu machen, wie man besonders gute Studierende noch extra fördern kann, müssen sich Bund und Länder zuerst darum kümmern, dass mehr Studenten ihr Studium ohne Finanzierungssorgen absolvieren. Erst dann haben alle die gleiche Chance gute Leistungen zu erbringen. Sonst werden wir in Deutschland den Anschluss an das internationale Niveau gänzlich verpassen“, so Frau Riemann-Hanewinkel.

Der Gesetzentwurf liegt jetzt im Vermittlungsausschuss. Die eaf fordert den Bundestag und den Bundesrat gerade vor dem Hintergrund der nun bekannt gewordenen internationalen Vergleichsdaten auf, ihre Entscheidung zu revidieren und vorrangig das BAföG auszubauen.

*Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche Deutschlands.*